

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of Europe.

# Zehn Kernfragen zur Zukunft der Sozialdemokratie in Europa

Auf der Suche nach einer neuen politischen Erzählung  
für eine solidarische Gesellschaft in Europa

**ERNST HILLEBRAND UND GERO MAASS**

Oktober 2011

- Auch im Jahre drei der Finanzkrise befinden sich die sozialdemokratischen Parteien Europas macht- wie ideenpolitisch in der Defensive. Sie profitieren nur sehr begrenzt von der Krise des Finanzkapitalismus und der tiefen Verankerung des Sozialstaatsgedankens in den europäischen Gesellschaften.
- Bei aller Unterschiedlichkeit stellen sich in allen Sozialdemokratien ähnliche Zukunftsfragen, die auf der Suche nach einem neuen politischen Narrativ beantwortet sein wollen. Die Sozialdemokratie in Europa ist aufgefordert, sich in ihren nationalen Kontexten neu aufzustellen und einen gemeinsamen roten Faden in der Europapolitik zu finden, ohne dabei die nationalen Besonderheiten zu vernachlässigen.
- Das vorliegende Papier formuliert zehn Fragen an die europäische Sozialdemokratie. Sie reichen von der Zukunft Europas über die zeitgemäße Interpretation von Solidarität bis hin zur Stärkung von demokratischer Teilhabe, Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger.





## Inhalt

1. Was bedeutet Solidarität unter den heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen? .....	3
2. Welche Wege gibt es zu mehr ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit? .....	4
3. Wie können Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen gestärkt werden? ...	4
4. Wie kann demokratische Teilhabe revitalisiert und gestärkt werden? .....	5
5. Wie kann das Verlangen der Menschen nach Identität und Zugehörigkeit befriedigt werden? .....	5
6. Wie kann der Anspruch auf Geschlechtergerechtigkeit lebenswirklich ausgestaltet werden? .....	6
7. Wie gelingt die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft? .....	6
8. Wie gestaltet sich das Verhältnis von Staat und Markt und wie lässt sich die staatliche (finanzielle) Handlungsfähigkeit sichern? .....	7
9. Welche Rolle soll Europa in Zukunft spielen? .....	7
10. Wie kann die politische Diskurshoheit zurückgewonnen werden und was sind die Eckpfeiler erfolgreicher Strategiefähigkeit? .....	8

»Politisches Handeln bedarf auch im postideologischen Zeitalter der Einbettung in eine große, die Vergangenheit mit der Zukunft verbindende Erzählung. Sie verleiht den täglich zu treffenden Entscheidungen einen Sinn. Solche Mythen können Mut machen, sie sind aber immer auch ein Mittel im Kampf um die Macht.«

(Herfried Münkler, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10.8.2010)

Die sozialdemokratischen Parteien Europas befinden sich macht- wie ideenpolitisch noch immer in der Defensive. Sie profitieren bei Wahlen weder von der Krise des Finanzkapitalismus noch von der tiefen Verankerung des Sozialstaatsgedankens in den europäischen Gesellschaften. Im Vergleich zur vorherigen Dekade regieren sie nur noch in wenigen europäischen Ländern. Die Institutionen der Europäischen Union (EU) sind seit den letzten Europawahlen von liberal-konservativen Mehrheiten geprägt.

Die Sozialdemokratie in Europa steht somit vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits ist sie aufgefordert, sich in ihren nationalen Kontexten neu aufzustellen. Andererseits muss es ihr gelingen, einen gemeinsamen roten Faden in der Europapolitik zu finden, ohne dabei nationale Besonderheiten zu vernachlässigen. Bei aller Unterschiedlichkeit stellen sich in allen Sozialdemokratien ähnliche Zukunftsfragen, die auf der Suche nach einem neuen politischen Narrativ beantwortet sein wollen. Die Fragen reichen von der Zukunft Europas (und des Euros) über die Perspektiven einer post-neoliberalen Wirtschafts- und Wachstumsstrategie bis hin zu Fragen der zukünftigen Bedeutung von Solidarität, der Stärkung von demokratischer Teilhabe und der Sicherung von individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Erst zusammen ergeben die Antworten auf diese Fragen eine Grundlage für eine neue sozialdemokratische Zukunftsvision.

Als »Orientierungshilfe« auf dem Weg zu einer neuen sozialdemokratischen Erzählung formuliert das vorliegende Papier zehn politische und strategische Kernfragen zur Zukunft der Sozialdemokratie in Europa:

1. Was bedeutet Solidarität unter den heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen?
2. Welche Wege gibt es zu mehr ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit?

3. Wie können Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen gestärkt werden?

4. Wie kann demokratische Teilhabe revitalisiert und gestärkt werden?

5. Wie kann das Verlangen der Menschen nach mehr Identität und Zugehörigkeit befriedigt werden?

6. Wie kann der Anspruch auf Geschlechtergerechtigkeit lebenswirklich ausgestaltet werden?

7. Wie gelingt die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft?

8. Wie gestaltet sich in Zukunft das Verhältnis von Staat und Markt und wie lässt sich die (finanzielle) Handlungsfähigkeit des Staates sichern?

9. Welche Rolle soll Europa in Zukunft spielen?

10. Wie kann die politische Diskurshegemonie zurückgewonnen werden und was sind die Eckpfeiler erfolgreicher Strategiefähigkeit?

## 1. Was bedeutet Solidarität unter den heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen?

Der Begriff Solidarität ist zentral für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie. Allerdings steht eine wachsende Zahl von Bürgern den real existierenden Solidaritätsmechanismen – den Sozialtransfers des modernen Sozialstaats – skeptischer gegenüber als früher. Forderungen nach einem Zurückschneiden der sozialen Sicherheitssysteme, des öffentlichen Sektors und der Umverteilungsmechanismen finden wachsende Unterstützung. Dies gilt auch für viele »Normalbürger«, die sich zunehmend als Dauer-Finanziers von Systemen sehen, für deren Notwendigkeit sie nichts können, von deren Leistungen sie nicht profitieren und deren Missbrauch sie beklagen. Die Schwächung der kollektiven »Wir-Identitäten« in immer heterogener werdenden Gesellschaften untergräbt die sozialpsychologischen Voraussetzungen für kollektive wie individuelle Solidarhandlungen. In den ehemaligen Ländern des Ostblocks sind die Begrifflichkeiten ohnehin negativ besetzt. Es herrscht ein tiefes Misstrauen gegen staatliche Akteure und Institutionen,

die als Träger von staatlich (zwangs-)organisierter gesellschaftlicher Solidarität gesehen werden.

Die europäische Sozialdemokratie muss angesichts dieser Entwicklung ihre Vorstellungen von Solidarität und Sozialstaatlichkeit neu justieren. Die konzeptionellen Herausforderungen beziehen sich nicht nur auf die operative Umsetzung des Sozialstaatsgedankens – wie etwa in den Debatten um »vorsorgende« versus »nachsorgende« Sozialstaatskonzepte –, sondern auch auf die Grundmechanismen und -prinzipien, nach denen die Solidarsysteme organisiert sind:

- Wer finanziert das System und wie kann man dafür sorgen, dass die Last der Sozialsysteme wieder stärker auf mehr und breitere Schultern verteilt wird?
- Wo werden die Grenzen des staatlichen Sicherungsauftrags überschritten? Was sind heute die zentralen sozialstaatlichen Herausforderungen und Aufgaben und welche politischen Handlungsprioritäten lassen sich daraus ableiten?
- Wie kann das Prinzip der Beitragsgerechtigkeit und der Leistungsanerkennung in den Solidar- und Rentensystemen wieder gestärkt werden?
- Wie geht man mit dem Aufweichen der sozialpsychologischen Grundvoraussetzungen gesellschaftlicher Solidarität – geteilte »Wir-Identitäten« im Rahmen von Klassen- und Nationalbewusstsein, das Prinzip der Reziprozität und die zeitliche Begrenztheit von »Hilfe in der Not« – um?

## 2. Welche Wege gibt es zu mehr ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit?

Die soziale Schere öffnet sich in ganz Europa zunehmend: Die Lohnquote sinkt und die Armutsquote steigt, die Arbeitsentlohnung entkoppelt sich tendenziell von der Produktivitätsentwicklung und die Einkommensverteilung verändert sich zuungunsten des Faktors Arbeit. Die sozialdemokratischen Parteien haben diese Entwicklung nicht verhindern können. Die Versuche, die Folgen dieser Entwicklung per staatlich organisierter Redistribution zu kompensieren, wachsen sich zunehmend zu einem Überforderungsprogramm für die Sozialsysteme aus. Für das Absinken der Nettolohnquote sind aber nicht

nur die veränderten Kräfteverhältnisse in der Sphäre des Ökonomischen verantwortlich, auch der Staat hat durch die wachsende Besteuerung von Lohneinkommen und die Erhöhung von Sozialabgaben (bei gleichzeitiger Entlastung von Profiten und Gewinnen) einen erheblichen Beitrag zu den Einkommensverlusten der abhängig Beschäftigten geleistet. In diesem Zusammenhang stellt sich den Sozialdemokraten eine Reihe von Fragen:

- Wie kann die Primärverteilung der Einkommen korrigiert werden und der Wert der Arbeit wieder ins Zentrum der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Debatte gerückt werden?
- Wie können die ungerechten Verteilungstendenzen der kapitalistischen Ökonomie staatlich konterkariert werden – durch eine echte progressive Besteuerung, durch Höchst- und Mindestlöhne oder durch Mindestinvestitionsquoten?
- Wie können die ökonomische Beteiligung der Produzenten an den Unternehmen und ihren Erträgen sowie ihre Mitbestimmungsrechte gestärkt werden?
- Wie kann die Abschöpfung von Arbeitsentlohnung durch den Staat und die Sozialversicherungen reduziert werden – mehr Netto vom Brutto, sozialdemokratisch gedacht?

## 3. Wie können Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen gestärkt werden?

Die Usurpation des individuellen Freiheits- und Selbstverwirklichungsbegriffs durch eine radikal-individualistische, staatsfeindliche Interpretation war ein Schlüsselement des Aufstiegs des Neoliberalismus zur hegemonialen Ideologie der letzten Jahrzehnte. Die Bewegung der sozialen Demokratie steht vor der Herausforderung, den individuellen Freiheitsbegriff für sich zurückzuerobern. Echte Freiheit ist nicht nur – im liberalen Sinne – »die Freiheit von«, sondern auch eine umfassendere, emanzipatorische »Freiheit zu« etwas. Diese hat institutionelle – rechtliche und politische –, aber auch ökonomische und gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, die Bevölkerung wieder davon zu überzeugen, dass individuelle Freiheit kollektiver Arrangements bedarf. Dies kann nur dann erfolgreich geschehen, wenn dabei den Individualisierungstendenzen

postmoderner Gesellschaften ausreichend Rechenschaft getragen wird. Im Zentrum des Freiheits- und Emanzipationsbegriffs der Linken können nicht mehr, wie es im 19. und 20. Jahrhundert der Fall war, soziale Gruppen stehen. Der Freiheitsbegriff der Linken muss ein individueller sein: Die Freiheit des Einzelnen zu einem selbstbestimmten Leben, zur Verwirklichung seiner individuellen Ambitionen und Potenziale, also zu einem ganz persönlichen Streben nach Glück. Im Zentrum eines solchen Freiheitsbegriffs müssen Überlegungen darüber stehen, wie die Kontrolle der Menschen über ihr eigenes Leben wieder gestärkt werden kann:

- Wie kann soziale und ökonomische Chancenungleichheit effizient begrenzt werden und welchen Beitrag können Bildungs- und Qualifizierungschancen dabei leisten?
- Wie können ökonomische und politische Machtasymmetrien (auch zugunsten von Verwaltungen und Bürokratien) begrenzt werden?
- Wie kann den Menschen das Gefühl der Kontrolle über ihr eigenes Leben und der Möglichkeit der Verwirklichung individueller Ambitionen und Glücksvorstellungen (zurück)gegeben werden?

#### 4. Wie kann demokratische Teilhabe revitalisiert und gestärkt werden?

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext die Erweiterung der politischen Teilhaberechte der Bürger durch partizipative und direkte Formen der Demokratie. Die westlichen Gesellschaften sind geprägt von einem sinkenden Vertrauen der Bürger in die bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie. Die demokratische Beeinflussbarkeit von Politik wird ebenso angezweifelt wie deren reale Gestaltungsmacht und Problemlösungsfähigkeit. Diese Tendenz dürfte durch die Kapitulation gegenüber den Finanzmärkten und die Entmachtung der nationalen Parlamente durch die Mechanismen der europäischen Politik im Kontext der Eurokrise noch einmal erheblich verstärkt werden. Veränderte Problemstellungen im Zeitalter der »hergestellten Unsicherheiten«, veränderte Formen der politischen Organisationsmöglichkeiten der Gesellschaften im Zeitalter des Web 2.0 und veränderte Teilhabeerwartungen der Bürger an die Politik im Kontext individualisierter Gesellschaften lassen die seit zwei Jahrhunderten kaum veränderten Formen

repräsentativer Demokratie zunehmend unzeitgemäß und unbefriedigend erscheinen. Dabei versteht es sich von selbst, dass auch direktdemokratische Verfahren den Grenzen von Verfassungsprinzipien und der EU-Grundrechtecharta unterworfen bleiben müssen:

- Wie können die demokratischen Teilhabechancen der Bürger durch Ausweitung von Formen direkter Demokratie (beispielsweise Volksbefragungen und Volksentscheide) und partizipativer Verfahren auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene gestärkt werden?
- Wie kann das europäische Mehrebenensystem so gestaltet werden, dass Transparenz und demokratische Selbstbestimmung nicht unter die Räder geraten, die notwendige Handlungsfähigkeit nationaler, europäischer und globaler Politiken jedoch bestehen bleibt?
- Wie können die etablierten Institutionen der Politik – nicht zuletzt die politischen Parteien selbst – wieder bürgernäher und teilhabeoffener gestaltet werden?

#### 5. Wie kann das Verlangen der Menschen nach Identität und Zugehörigkeit befriedigt werden?

Ein halbes Jahrhundert Masseneinwanderung nach Westeuropa hat zu einer enormen Zunahme von kultureller, ethnischer und religiöser Heterogenität geführt. Wie diese Diversität politisch und sozial gestaltet werden kann, ist eine der wichtigsten Fragen für die Zukunft der Politik in Europa. Die multikulturalistischen Strategien der Linken finden gerade in ihrer historischen Stammwählerschaft immer weniger Akzeptanz. Gleichzeitig stößt die »europäische Gegenutopie« zum alten Nationalstaat auf wachsende Skepsis, da der europäische Integrationsprozess mit einem empfundenen Abbau sozialer Errungenschaften und Schutzrechte verbunden war. Die Frage nach der Identität und dem »Zugehörigkeitsverlangen« des menschlichen *zoon politikon* muss von der Linken befriedigend beantwortet werden, will sie politisch wieder mehrheitsfähig werden:

- Welche Rolle spielen Nationalstaat und nationale Identität in der Zukunft? Beruht nicht gerade redistributive Politik auf einem »nationalen« gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl? Bedarf es daher einer mild-assimilationistischen Politik, in dessen Mittelpunkt nati-

onale Identitäten stehen bleiben müssen? Oder können die alten Formen kollektiver Identität durch neue, multikulturalistische und europäische Interpretationsmuster ersetzt werden?

- Was ist die *polis* einer linken Politik? Auf welche sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Interessen und Gruppen will sich linke Politik stützen und beziehen? Der Anspruch der Sozialdemokratie, die politische Vertretung vor allem der Unterprivilegierten und der »kleinen Leute« zu sein, lässt sich in einer Reihe von Ländern zunehmend empirisch nur schwer belegen. Können (und wollen) wir diese Gruppen wieder stärker in die sozialdemokratische Wählerallianz zurückführen? Oder akzeptieren wir eine schleichende Verwandlung in Milieuparteien des öffentlichen Dienstes und linksliberaler (Bildungs-)Mittelschichten und versuchen entsprechend, politische Mehrheiten in Zukunft durch neue Formen von Koalitionen und Allianzen zu schaffen?
- Welche »Wir-Identität« will die Linke konstruieren und politisch konkretisieren, um die emotionalen Zugehörigkeitsbedürfnisse von Menschen anzusprechen?

## 6. Wie kann der Anspruch auf Geschlechtergerechtigkeit lebenswirklich ausgestaltet werden?

Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau ist eine der großen politischen Errungenschaften progressiver Politik im 20. Jahrhundert. Hinter der formalrechtlichen Gleichstellung verbergen sich aber im Alltag vielfältige persistente Formen der Geschlechterdiskriminierung zu Lasten von Frauen. Diese Situation hat sich in Osteuropa seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus wieder deutlich verschärft. Am ausgeprägtesten sind diese Formen der Diskriminierung im Bereich des Ökonomischen. Dort bestehen erhebliche Gehalts- und Karriereunterschiede zwischen Männern und Frauen fort. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der klassisch-linksliberale Emanzipationsbegriff von Teilen der weiblichen Bevölkerung nicht (mehr) vollständig geteilt wird. Die einseitige Betonung der Berufstätigkeit gegenüber familiären Rollen wird gerade in Osteuropa vor dem Hintergrund der Erfahrungen im real existierenden Sozialismus nur begrenzt positiv gesehen. Hier wird die Möglichkeit der nicht quasi-automatischen Berufstätigkeit von Frauen auch als Chance für subjektive Entscheidungsfreiheit und

eine bessere Balance zwischen Berufstätigkeit und familiären Rollen gesehen.

Es muss eine neue Balance zwischen Emanzipations- und Familienpolitik sowie »Lebensqualitätsfragen« gefunden werden, die Frauen neue Selbstverwirklichungsmöglichkeiten und reale, nicht nur legale Chancen- und Leistungsgerechtigkeit bietet:

- Welche institutionellen Voraussetzungen sind notwendig, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle und die Unterrepräsentierung von Frauen auf Führungspositionen zu beseitigen?
- Welche institutionellen Voraussetzungen sind notwendig, um Menschen echte Wahlmöglichkeiten zwischen Berufstätigkeit und familiären Rollen zu geben?
- Wie können misogynen Weltbilder, Frauenverachtung und Emanzipationsfeindlichkeit vor allem auch bei ethnisch-religiösen Minderheiten bekämpft und ein schleichender Verlust der erreichten Gleichstellungsfortschritte unter dem Vorwand der religiösen Toleranz verhindert werden?
- Bedarf es angesichts alternder Gesellschaften und geringer Geburtenraten einer Politik der gesellschaftlichen Anerkennung und der »Wiederaufwertung« von Kinderbetreuung, Pflege- und Fürsorgearbeit?

## 7. Wie gelingt die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft?

Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft ist eine Herausforderung für ganz Europa. Eine höhere Ressourceneffizienz in Produktion und Konsumtion ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch notwendig. Sie ist zentraler Bestandteil der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Weltwirtschaft. Darüber hinaus muss ein sozialdemokratisches Konzept einer ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft allerdings auch die Frage nach dem Sinn und Zweck materieller Produktion stellen. Mehr materieller Wohlstand führt nicht automatisch zu mehr menschlicher Zufriedenheit. Vielmehr sind Gleichheit, Gerechtigkeit, positive Vergemeinschaftung und individuelle Entfaltungsfreiheit wesentlich wichtigere Determinanten menschlicher Zufriedenheit in modernen Gesellschaften:

- Wie verbinden wir die ökologische Erneuerung des Produktionsapparats mit einer Verbesserung von Lebensqualität und Selbstverwirklichungschancen von Menschen? Wie stellen wir sicher, dass die »dritte industrielle Revolution« auch zu einer Gewinnung von Spielräumen für eine ausgeglichene Work-Life-Balance und zu humaneren Arbeitsverhältnissen und -bedingungen führt?
- Wie beschleunigen wir die Umstellung der materiellen Produktion auf umweltverträglichere und ressourcenschonendere Methoden? Wo genügt es, auf den Markt zu setzen, wo bedarf es stärkerer staatlicher Regulierungen und Eingriffe, und wie sichern wir, dass dieser Umbau in ganz Europa gelingt und nicht nur in den strukturstarken Regionen West- und Nordeuropas?
- Welchen Wohlstands- und Fortschrittsbegriff wollen wir den rein materialistischen und konsumorientierten Wohlstands- und Wachstumskonzepten des Neoliberalismus entgegensetzen? Wie verbinden sich die Aspekte der Nachhaltigkeit mit den Herausforderungen der sozialen Gerechtigkeit?

## 8. Wie gestaltet sich das Verhältnis von Staat und Markt und wie lässt sich die staatliche (finanzielle) Handlungsfähigkeit sichern?

Die Bewältigung der Finanzkrise war zunächst mit der Hoffnung verbunden, dass sie auch für eine Neudefinition der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik genutzt werden könnte, basierend auf dem Grundsatz einer starken sozialen und politischen Einbettung der Marktwirtschaft. Die internationale Finanzkrise hat sich seither über eine Wirtschaftskrise zu einer Krise der Staatshaushalte entwickelt. Plötzlich etablieren sich wieder alte neoliberale Heilslehren, nun allerdings als neuer Sachzwang zum Sparen gewendet. Der Ursachenzusammenhang der staatlichen Verschuldung gerät zunehmend aus dem Blickwinkel. Zurzeit überzieht ein Austeritätsregime nicht nur die EU-Mitgliedsländer. Durch die Imperative »spart!« und »privatisiert!« werden den staatlichen Handlungskapazitäten zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft enge Grenzen gesetzt. Langfristig birgt dies Gefahren für die sozialstaatliche wie demokratische Verfasstheit der Gesellschaften: Ein Sparimperativ mit Verfassungsrang tritt neben Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Politisches Engagement erlahmt dort, wo Landes- oder Kommunalvertreter nicht mehr

über die Reichweite und Ausrichtung öffentlicher Dienstleistungen mitbestimmen können:

- Wie kann sichergestellt werden, dass der Finanzsektor wieder seiner »dienenden« Funktion für die Realwirtschaft nachkommt? Welche Formen europäischer und globaler Governance sind notwendig, um auf globale (Finanz-)Marktbewegungen regulativ einwirken zu können? Reicht der bislang national, europäisch und global beschlossene Regulierungsrahmen für den Finanzsektor aus?
- Wie kann im Zeichen der Krise in der Eurozone eine europäische Koordinierung von Wirtschaftspolitiken ins Werk gesetzt werden, die Überschuss- und Defizitländer gleichermaßen in die Pflicht nimmt, makroökonomische und zyklische Divergenzen innerhalb des Euroraums mildert, für eine Harmonisierung der Steuerpolitiken sorgt und dabei das Ziel des sozialen Europas nicht aus dem Blick verliert? Ist angesichts schrumpfender finanzieller Spielräume und sinkender »Solidaritätsbereitschaft« bereits im nationalen Rahmen so etwas wie ein europaweiter Finanzausgleich politisch vorstellbar?
- Um langfristig hochwertige Dienstleistungen im Bildungs- und Sozialbereich im Interesse des Humankapitals gewährleisten zu können, werden deutlich mehr sowohl öffentliche als auch privat finanzierte Investitionen in diesen Bereichen erforderlich sein. Wie sollen die verfügbaren öffentlichen Ressourcen strategisch richtig eingesetzt werden? Sind Bildung, Innovationsfähigkeit und Investitionen in den sozialen und demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft die entscheidenden Zukunftsfaktoren?
- Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf die Staatsfinanzen? Sind alle staatlichen Ausgaben Gewinn bringend im Sinne der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele, die damit verbunden sind? Für welche Ziele ist die Gesellschaft bereit, mehr Steuern zu zahlen? Wie kann die Finanzierung der Staatshaushalte in Zukunft gerechter gestaltet werden?

## 9. Welche Rolle soll Europa in Zukunft spielen?

Die alte Erzählung von der EU als Friedensprojekt eines von Konflikten und Kriegen geschüttelten Kontinents trägt nicht mehr. Nicht erst die aktuelle Krise der Wirtschafts-



und Währungsunion fördert in allen Gesellschaftsschichten die Skepsis gegenüber den Errungenschaften der europäischen Integration. Das »bürgerferne« Brüssel erscheint als »undemokratisches Monster« oder gar als »trojanisches Pferd« einer marktradikalen Globalisierung. Angesichts dieser Entwicklung sehen viele Menschen ihr Heil in einer Rückwendung zum Nationalstaat. Die europäischen Nationalstaaten vermögen indes nicht mehr für die Lösung einer ganzen Reihe von Problemen in einer Welt mit neuen geopolitischen Machtstrukturen zu sorgen. Der nationale Wirkungskreis und die Regelungskompetenzen bedürfen der europäischen Ergänzung, etwa bei der Bekämpfung der globalen Finanzkrisen, der Kontrolle von Umweltrisiken, der Einschätzung und Einhegung von Technologierisiken, von militanten Konflikten oder der Kontrolle von Migrationsbewegungen.

In der Vergangenheit hat die Sozialdemokratie zur Regulierung und sozialen Ausgestaltung der nationalen Volkswirtschaften erfolgreich beigetragen. Im Zeichen der Globalisierung bietet die Europäisierung dieser Regulierungsdimension ein großes Profilierungspotenzial für die sozialdemokratischen Parteien. Leitbild könnte eine Wohlstands- und Sicherheitsunion sein, die mit Hilfe von souveränitätsschonenden politischen Steuerungskompetenzen eine Konvergenz der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen ins Werk setzt und auf der Basis der gemeinsamen demokratischen Prinzipien und Werte den sicherheitspolitischen Herausforderungen begegnet. Ohne einen sozial unterfütterten politischen Zusammenhalt (Jürgen Habermas) in Europa wird die viel gepriesene nationale Vielfalt, der politisch-kulturelle Reichtum des Kontinents und seine sozialstaatliche Verfasstheit zwischen globalen Wirtschaftsdynamiken und neuen geopolitischen Machtkonstellationen zerrieben.

Der Weg dorthin ist indes extrem unsicher. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisendebatten in der Eurozone verweisen Kritiker auf das Stabilitätsproblem, die soziale Lücke, das wirtschaftspolitische Koordinierungsdefizit und die mangelnde Rückkopplung an demokratische Diskurse. Mit den jüngsten Erweiterungsrounds und nochmals akzentuiert durch die jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen hat zudem die strukturelle Heterogenität innerhalb der Gemeinschaft zugenommen. Und schließlich liegen die europäischen Entscheidungsinstitutionen fest in liberal-konservativen Händen. Die Sozialdemokratie befindet sich in der Zwickmühle: mehr Europa ja, aber welcher Prägung soll es sein? Eine Strategie für einen

linken europapolitischen Kompass muss Antworten auf folgende Fragen liefern:

- Wie reagiert man auf die geringer werdende gesellschaftliche Akzeptanz der Gemeinschaft im Inneren? Wie wird das Leitbild vom sozialen Europa mit konkreter Gemeinschaftspolitik gefüllt? Welche Lösungsangebote gibt es für die zwischen den Mitgliedstaaten und bei den Bürgern umstrittene Einschätzung des Verhältnisses von Vertiefung und Erweiterung sowie von nationaler Eigenverantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität?
- Wo liegen die Grenzen Europas – geografisch und institutionell? Wollen wir ein Europa der Nationen oder eine europäische Nation? Wie sichern wir identitätsstiftende nationale Errungenschaften (in Wirtschaft und Gesellschaft) und die demokratischen Rechte nationaler Parlamente?
- Wo und gegebenenfalls wie sollen die gemeinschaftlichen Governance-Strukturen der EU gefestigt werden. In welchen Bereichen wollen wir mehr Vergemeinschaftung – in welchen nicht? Wie sieht eine zeitgeistgemäße Interpretation des Subsidiaritätsprinzips aus, die eine handlungsfähige wie demokratisch legitimierte Balance zwischen den Handlungsfeldern Europa, Nation, Region und Kommune schafft?

## 10. Wie kann die politische Diskurshoheit zurückgewonnen werden und was sind die Eckpfeiler erfolgreicher Strategiefähigkeit?

Nach den Machtverlusten in ihren Traditionsländern und dem Niedergang des »Dritten Weges« verfügt die Sozialdemokratie zurzeit über keine politische Strategie. Ein systematisches Nachdenken über Paradigmen, projektorientierte Leitthemen, politisches Personal, Machtoptionen und Kommunikation zur Rückgewinnung der Diskurshegemonie in Politik und Gesellschaft findet nach wie vor zu wenig statt.

Mit der Wirkungskette von Finanz-, Wirtschafts- und Staatshaushaltskrise verfügt die Sozialdemokratie seit 2008 eigentlich über einen politisierenden Konflikt. Aufgrund ihres Glaubwürdigkeitsproblems (als Mitverursacher vermeintlicher wirtschafts- und finanzpolitischer Innovationen) gelang es ihr bislang jedoch kaum, daraus politisches Kapital zu schlagen. Im Zeichen der Zuspit-

zung der Staatsverschuldungsdebatten in Europa und den USA im Sommer 2011 entdecken nun jedoch selbst konservative Publizisten die Kritik an den Finanzmärkten neu: Im *Daily Telegraph* vom 22. Juli 2011 fragte sich der Thatcher-Biograf Charles Moore in dem Artikel »I'm starting to think that the Left might actually be right«, ob vielleicht doch die Linke Recht habe und das Primat der Ökonomie nur den Reichen diene.

Begleitet wird diese Entwicklung von einem zunehmenden Fatalismus, sinkendem Vertrauen in die Steuerungsrelevanz von Politik im Zeichen von Markt- und Bankenmacht, wachsender Volatilität des Wahlverhaltens, einer schwindenden Stammwählerschaft sowie einer Zunahme rechtspopulistischer und »weichgespülter« konservativer *big society*-Angebote. Dieser negative Befund gilt noch ausgeprägter auch für die Osthälfte Europas.

- Wie regiert man in Fünf-und-mehr-Parteien-Systemen, in denen Alleinregierungen oder Wunschkoalitionen immer weniger realisierbar sind und man mit »Ergebnis-Koalitionen« leben muss? Mehr noch: Ist die Volkspartei der Zukunft jene, die bündnispolitisch flexibel bleibt und die gerade noch groß genug ist, dass Regierungsbildungen an ihr vorbei nicht möglich sind?
- Sind die Gewerkschaften nach wie vor der natürliche Partner der Sozialdemokratie oder weicht die »privilegierte Partnerschaft« auf?
- Spiegelt sich der Erneuerungsanspruch der Sozialdemokratie auch in ihren eigenen Organisationen wider? Wie begegnet sie der Tendenz der Überalterung der Mitglieder und der Wählerschaft? Werden sich die sozialdemokratischen Parteien auch in Zukunft als »Mitgliederparteien« begreifen? Wie entscheiden die Parteien in Zukunft über ihr Führungspersonal?
- Meinungsführerschaft in Politik und Zivilgesellschaft drückt sich auch in einer politischen Sprache aus. Diese muss im sozialdemokratischen Sach- und Wertekontext angesiedelt sein, den Nutzen einer Gemeinwohlorientierung für das persönliche Glücksempfinden in den Vordergrund treten lassen, Komplexität reduzieren ohne einfache Antworten geben zu wollen und eine positive Botschaft vermitteln.

## Eine neue sozialdemokratische Erzählung

Die Entwicklung eines neuen glaubwürdigen politischen Narrativs der Sozialdemokratie bedarf vieler Einzelschritte – inhaltlicher wie politisch-praktischer Natur. Sie bedarf aber auch der Identifizierung geeigneter symbolischer Begriffe und Handlungen, die dieses Narrativ verdichten und begreifbar machen. Eine der größten Schwierigkeiten wird hierbei sein, sich von der Sprache und den Sichtweisen sowohl der politisch-medialen Elitenzirkel wie der vertrauten Parteimilieus zu befreien. Vom Popanz des Populismus-Vorwurfs sollte man sich dabei nicht unbedingt schrecken lassen: Auch für linke Politik gilt die Feststellung des CDU-»Dissidenten« Wolfgang Bosbach, dass eine Meinung nicht deswegen automatisch falsch ist, weil sie von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird.



## Über die Autoren

**Dr. Ernst Hillebrand** leitet das Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Dr. Gero Maaß** leitet das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,  
Redaktion: Jan Niklas Engels, [Jan.Engels@fes.de](mailto:Jan.Engels@fes.de); Redaktionsassistentin: Nora Neye, [Nora.Neye@fes.de](mailto:Nora.Neye@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-909-2